

/// Revisionismus und defensiver Imperialismus als Analysekategorie

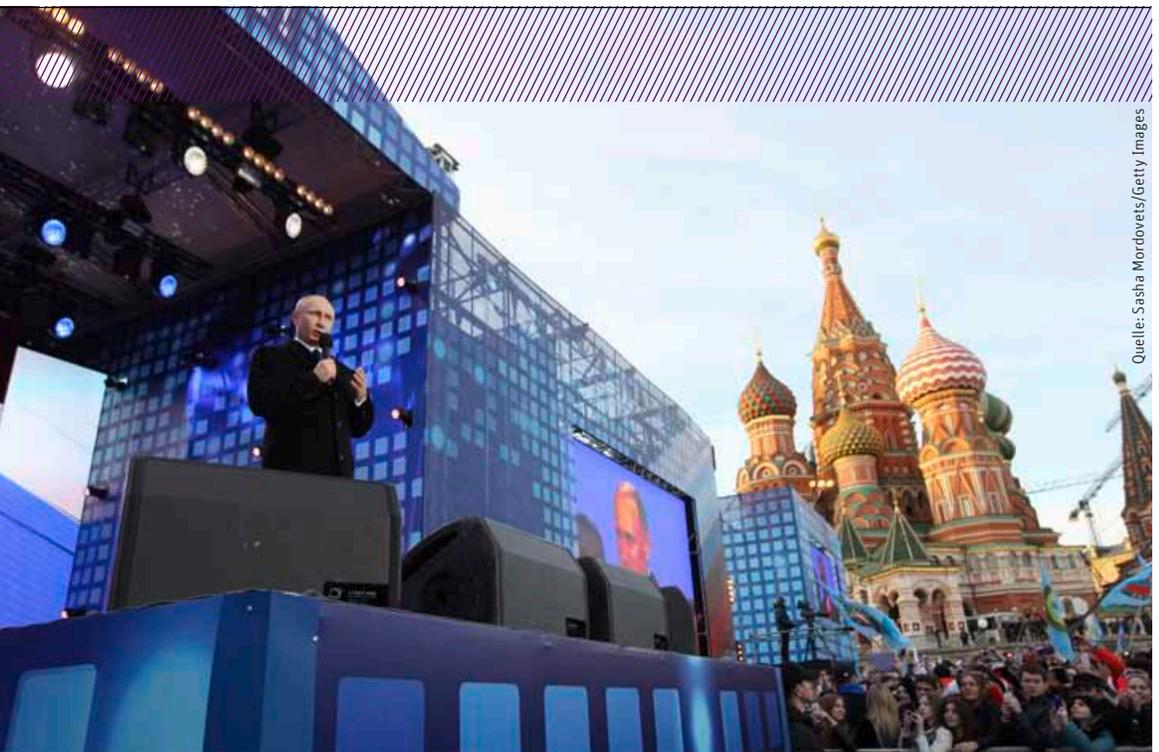
## RUSSLANDS (NEUE) AUßENPOLITIK IM POSTSOWJETISCHEN RAUM

**JOHANNES VARWICK / ROBIN SKÖRIES** /// Für die Entwicklung einer zur Deeskalation bzw. Eindämmung der Krise geeigneten westlichen Strategie ist die angemessene Bewertung der Ursachen und Ziele des Konfrontationskurses Russlands essenziell. Es spricht alles dafür, dass es sich nicht um eine reaktive, vom Westen provozierte neue Außenpolitik der Russischen Föderation handelt. Vielmehr sind endogene Erklärungsansätze – Revisionismus und defensiver Imperialismus – tragfähigere Analyseansätze.

Auch wenn Außenpolitik immer bedeutet, mit den Augen der anderen zu sehen, soll in diesem Beitrag nicht das oftmals auch von Neorealisten vorgebrachte Verständnis für vermeintliche Einkreisungsängste durch eine Ausdehnung des Westens unter der Führung der USA in dem Sinne, als dass ein „Dreierpakt des Westens aus NATO und EU-Erweiterung sowie Demokratieförderung Nahrung für ein Feuer gewesen sei, das nur noch entzündet werden musste“, wiederholt werden.<sup>1</sup> Natürlich haben die Realisten – wie stets – einen guten Punkt, und Russland hat frühzeitig klar gemacht, dass es die westliche Politik als massive Verletzung seiner Interessen versteht. Und ebenso natürlich muss der Westen selbstkritisch sein und prüfen, ob er von falschen Voraussetzungen bei seiner Strategie seit 1990 ausgegangen ist. Die folgende Ar-

gumentation nimmt jedoch einen anderen Fokus ein, ohne zu beanspruchen, damit das ganze Bild zu zeichnen.

Zum Jahrestag der Annexion der Krim im März 2015 verkündete der russische Präsident auf dem Roten Platz in Moskau, der historische Fehler der Sowjetunion sei nun korrigiert. Von russischen Medien wird dies als „Heimholung“ und als „Wiedervereinigung“ glorifiziert. Tatsächlich dürfte Putin aber auch mit Blick auf russische Interessen einen historischen Fehler begangen haben. Denn spätestens mit der Annexion der Krim und dem Entfachen des Krieges in der Ost-Ukraine hat sich Russland offen als revisionistische Macht positioniert. Gleichzeitig nimmt Moskau eine dauerhafte Isolierung im Westen und eine massive Verschlechterung seiner ökonomischen und letztlich auch geopolitischen Lage offen in Kauf. Woher



Quelle: Sasha Mordovets/Getty Images

**Putin auf der großen Konzertbühne: Zum Jahrestag der Krim-Annexion im März 2015 begeistert der russische Präsident die Massen in Moskau.**

rührt diese Entschlossenheit Moskaus? War die Angliederung der ukrainischen Schwarzmeer-Halbinsel und das risikoreiche Ausüben der Eskalationsdominanz in der Ost-Ukraine womöglich nur der erste Schachzug einer neuen außenpolitischen Strategie, die auf den Versuch einer grundlegenden Neuordnung des postsowjetischen Raumes abzielt? Oder soll der aktuelle Kurs vielmehr in erster Linie innenpolitische Probleme kompensieren?

**Russland hat sich mit der Krim-Annexion als **REVISIONISTISCHE** Macht positioniert.**

### **Linderung des russischen Phantomschmerzes**

Fast 25 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion fällt es großen Teilen der politi-

schen Elite Russlands, aber auch Teilen der Bevölkerung immer noch schwer, die mehrfach vertraglich fixierte staatliche Souveränität der Nachfolgestaaten der Sowjetunion anzuerkennen – exklusive der eigenen. Entsprechend zielt die Außenpolitik der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum auf eine Reintegration möglichst vieler der ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten in einen neuen Wirtschafts- und Militärblock ab, um den chronischen Phantomschmerz zu lindern. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dies auf „soft power“ und Anziehungskraft bestünde. Dies ist aber, wie noch zu zeigen sein wird, nicht der Fall. In diesem Zusammenhang sind (Re-)Integrationsprojekte wie die aus zeitweise bis zu 12 Staaten bestehende, inzwischen bedeutungslose Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die Organisation des Vertrags

über kollektive Sicherheit (OVKS, bestehend aus Armenien, Kazachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland) und die Anfang 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU, bestehend aus Armenien, Russland, Kazachstan, Kirgistan und Weißrussland) zu sehen. Zweck und Ziel dieser Integrationsprojekte war und ist vor allen Dingen die Abwehr westlicher Einflüsse und die Sicherung der russischen Vormachtstellung im postsowjetischen Raum, der als „nahes Ausland“ verstanden wird (wenngleich der Begriff mittlerweile nicht mehr zum offiziellen Vokabular gehört).<sup>2</sup>

**Mit der Gründung von Wirtschaftsgemeinschaften wollte Moskau die ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten an sich BINDEN.**

In der Vergangenheit unterstrich die russische Führung mehrfach, dass für das „nahe Ausland“ andere Spielregeln gelten als im restlichen Ausland. Beispielsweise erklärte Dmitri Medwedew 2008 nach der Militärintervention Russlands in Georgien, Russland habe im postsowjetischen Raum „privilegierte Interessen“.<sup>3</sup> Die Ukraine nimmt allerdings – neben Weißrussland – hinsichtlich russischer (Re-)Integrationsbemühungen eine Sonderstellung ein. Zum einen sind die Ukraine und Russland kulturell eng miteinander verflochten. Kiew gilt als Geburtsstätte der modernen russischen Nation, und die Ost-

Ukraine und die Krim beherbergten – zumindest vor Beginn der Kampfhandlungen – einen Großteil der russischen Diaspora. Bereits 1990 appellierte etwa der russische Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn an die Ukrainer (und an die Weißrussen): „Brüder! – diese harte Trennung ist nicht nötig“<sup>4</sup>. Dieser Ausruf steht stellvertretend für die Probleme vieler Russen, den ukrainischen Unabhängigkeitsanspruch zu akzeptieren. Hinzu kommt eine starke ökonomische Abhängigkeit von Russland, welche sich aus dem strukturellen Erbe der sowjetischen Planwirtschaft erklärt, wobei Russland beispielsweise im Luft- und Raumfahrtsektor auch von der Ukraine abhängig ist. Wesentlich bedeutender sind für den Kreml allerdings geostrategische Aspekte. Die Ukraine gilt neben Weißrussland nicht nur als Russlands Tor zu Europa, sondern wird auch als „äußerst wichtiges Aufmarschgebiet [betrachtet], von dem sowohl die Machtverteilung in Europa als auch die elementare Sicherheit Russlands abhängen“<sup>5</sup>. Aufgrund der genannten Faktoren – die durch die Größe der Bevölkerung in ihrer Bedeutung verstärkt werden – kann die Ukraine gewissermaßen als Brennpunkt der russischen (Re-)Integrationsbemühungen bezeichnet werden.

**Integration wider Willen**

Ein fehlender Integrationswille seitens der Staaten des „nahen Auslands“ wurde bei der Formulierung der außenpolitischen Ziele Russlands zu Beginn der 1990er-Jahre offensichtlich nicht einkalkuliert, spätestens nach den ersten NATO- und EU-Erweiterungsrunden ab 1999 bzw. 2004 aber deutlich bewusst. Fortan wurde aus Ärger und Enttäuschung die Mär eines aufdringli-

chen Westens in die Welt getragen, der sich nicht an Absprachen halte und dessen heimliches Ziel es sei, legitimen russischen Einfluss zurückzudrängen. Letztlich dienen entsprechende Narrative aber nur einer Verschleierung der fehlenden Attraktivität postsowjetischer Integrationsprojekte sowie der mangelnden Attraktivität des russischen Gesellschaftsmodells und sind Ausdruck einer akuten Angst vor einer Marginalisierung der Russischen Föderation.

Diese Angst, die auch in einer Fehlinterpretation der Beziehungen ehemaliger Sowjetrepubliken zu Russland und Europäischer Union bzw. NATO als Nullsummenspiel wurzelt, diene radikalen Denkern als Nährboden für revisionistischen Größenwahn. Nach dem revisionistischen Credo ist Russland dazu verdammt, ein Imperium zu sein – nicht daran festzuhalten wäre gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord. Während die Radikalsten eine Restauration der russischen Dominanz über das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion bzw. des Russischen Kaiserreichs fordern, beschränkt sich ein gemäßigerer Strang auf die Idee eines „Russland Plus“. Letzterer Ansatz fordert die Einverleibung – sprich Annexion – von Teilgebieten postsowjetischer Anrainerstaaten, deren Population sich größtenteils aus ethnischen Russen zusammensetzt. Existieren bereits separatistische Gruppierungen, streben diese nach einer Angliederung an die Russische Föderation. Der russische Außenpolitikexperte Dmitri Trenin behandelte diesen „Russland-Plus“-Ansatz bereits 2001 und nannte die Krim, Nordkasachstan, Abchasien, Südossetien sowie Transnistrien als mögliche Annexionskandidaten.<sup>6</sup>

### Die „Russland-Plus“-Theorie fordert die **EINVERLEIBUNG** von Teilgebieten postsowjetischer Anrainerstaaten.

Trotz wiederholtem Druck auf ehemalige Sowjetrepubliken, die sich gegen eine erneute Ost-Integration aussprachen und den Blick gen Westen wandten, und ausgenommen ernstzunehmender Krisen wie dem Krieg in Georgien, schien sich die russische Außenpolitik bis zur Annexion der Krim allerdings weitgehend an „westfälischen Prinzipien“ (Akzeptanz des territorialen Status quo, Beachtung staatlicher Souveränität) zu orientieren. In den Worten Fyodor Lukyanovs, Chefredakteur des Magazins „Russia in Global Affairs“: „Ein konstruktives Verhältnis zum Westen galt als Wert an sich und als unentbehrlich für Russlands Entwicklung und seine Sicherheit, für Russlands Zukunft allgemein.“<sup>7</sup> Womöglich war sich die russische Führung in dieser Phase auch über die Risiken revisionistischer Hybris bewusst, die Trenin in seiner Analyse treffend skizzierte: „Revisionism’s irrational response to a very real challenge carries the danger of trying to reach the impossible at the cost of suffering an even more crushing defeat.“<sup>8</sup>

#### **Zuckerbrot und Peitsche**

Diese nicht-revisionistische Sichtweise verlor allerdings offenkundig im Kreml an Einfluss. Die mangelnde Attraktivität russischer Integrationsprojekte versucht Moskau seit geraumer Zeit mit einer Politik aus Zuckerbrot und Peitsche

zu kompensieren. Als Zuckerbrot dienen wirtschaftliche Vergünstigungen, als Peitsche „hard power“ – von Wirtschaftssanktionen (z. B. Anhebung des Gaspreises oder Importverbote) bis hin zur Androhung und als ultima ratio auch Anwendung militärischer Gewalt. Hierzu zementierte Wladimir Putin das russische Selbstverständnis, Sachverwalter der postsowjetischen Staatenwelt zu sein, indem er beansprucht, Patron aller ethnischen Russen – weltweit – zu sein und bereits mehrfach betonte, zu deren Schutz in letzter Instanz auch Russlands Streitkräfte einzusetzen. Darüber hinaus unterstützt der Kreml im „nahen Ausland“ seit Jahren prorussische Aktivisten, die sich leicht über russische Medien manipulieren und instrumentalisieren lassen. Insbesondere die prorussischen Separatisten in der Ukraine sind Anfang 2014 nicht einfach vom Himmel gefallen.

Bereits im Juli 2009 mahnten 22 mittel- und osteuropäische Staatsmänner und Intellektuelle, Russland sei eine revisionistische Macht, die im 21. Jahrhundert eine Politik mit den Methoden des 19. Jahrhunderts betreibe.<sup>9</sup> Seit der russischen Intervention in der Ukraine, die die unmittelbare Folge einer gescheiterten Nachbarschaftspolitik à la Zuckerbrot und Peitsche bei der Planung der EAWU ist, scheint sich diese Befürchtung bewahrheitet zu haben. Die militärische Aggression wirkt gleichermaßen wie ein Eingeständnis des Kremls, dass die bis dahin praktizierte Integrationspolitik nicht länger tragfähig ist. Die Unterstützung separatistischer Gruppierungen mutet vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise zugleich wie ein geschickt platzierter Trumpf an, der bei günstiger Gelegenheit die Übernahme eines lange begehr-

**Die Intervention in der Ost-Ukraine ist das Eingeständnis Russlands, dass es mit seiner Integrationspolitik GESCHEITERT ist.**

ten Territoriums gestattet. Dass dieser Joker offenbar auch in anderen postsowjetischen Staaten zur Verfügung steht, wirft die Frage auf, ob die Ukraine aufgrund der zuvor ausgeführten symbolischen und strategischen Bedeutung nur einen Einzelfall oder einen Präzedenzfall revisionistischer Nachbarschaftspolitik darstellt. Ferner rücken die jüngsten Ereignisse auch den Kaukasuskrieg sowie den Transnistrienkonflikt vor dem Hintergrund der zuvor kurz angerissenen „Russland Plus“-Theorie in ein anderes Licht und befeuern die Befürchtung, Wladimir Putin könne bestrebt sein, sein persönliches Trauma – den Zerfall der Sowjetunion –, von dem er im Jahr 2005 als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gesprochen hat, durch die Einverleibung postsowjetischen Territoriums (im kleinen Stil) gewissermaßen zu heilen.

### **Defensiver Imperialismus?**

Letztendlich wirft die unverhältnismäßig hohe Opferbereitschaft Russlands – im materiellen und politischen Sinn –, die auf den ersten Blick jeder rationalen Kosten-Nutzen-Rechnung widerspricht, schwierigste Fragen auf. Zudem ist erklärungsbedürftig, warum bislang nur die Krim an die Russische Föderation angegliedert wurde, Südossetien, Ab-

chasien sowie Transnistrien aber nicht. Dies ließe sich mit der Bildung eines Sicherheitsgürtels, der Russland und treue Vasallen vor einer westlichen Einkreisung schützen sollte, begründen. Geht es nur um die Rückeroberung verlorenen Territoriums und / oder die Sicherung des internationalen Großmachtstatus oder womöglich doch um weit mehr?

Diese Entwicklung ließe sich dann auch wie folgt interpretieren: Die regierungskritischen Proteste in Folge der umstrittenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011/2012 dürften der politischen Führung vor Augen geführt haben, dass die eigene Legitimation und damit der Machterhalt bröckeln.<sup>10</sup> Neben einer – perzipierten bzw. instrumentalisierten – außenpolitischen Marginalisierung durch den Westen mussten die Machteliten im Kreml fortan auch eine innenpolitische Marginalisierung durch das eigene Volk fürchten. Diese Angst wurde durch die Umbrüche in der arabischen Welt noch weiter verstärkt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt zeichnete sich eine grundlegende Veränderung des politischen Meinungsklimas innerhalb Russlands – von einer „liberalen-Aufbruchsstimmung“ hin zu einem „patriotisch-chauvinistischen Diskurs“<sup>11</sup> – ab. Carsten Voigt formuliert das in bemerkenswerter Klarheit: „Die Gründe für die außenpolitische Neuorientierung Russlands liegen in der Innenpolitik: Präsident Putin betrachtet den Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Sowjet-Kommunismus nicht als historische Chance für den Aufbau eines modernen und demokratischen Russland [und] will international nicht als das Land anerkannt werden, das es heute ist, sondern als das, was es einmal war: als Imperium. Das Streben nach Erhalt und Wiedergewinnung von Ein-

flusszonen wird von den meisten Nachbarn als russischer Revisionismus wahrgenommen.“<sup>12</sup>

Offenkundig zimmerte sich Putin eine eigene „Dolchstoßlegende“ zusammen, die in etwa aussagt, die Sowjetunion sei im Felde unbesiegt und nach Ende des Ost-West-Konflikts vom Westen unentwegt ins Abseits gedrängt worden. Nach der Krim-Annexion verkündete der Kremlchef: „Russland befand sich in einer Lage, in der es nicht weiter zurückweichen konnte.“<sup>13</sup> In gewisser Weise mag diese Aussage durchaus der von Putin wahrgenommenen Realität entsprechen. Die Absetzung Wiktor Janukowytschs in der Ukraine stellte das eigene, zunehmend autoritäre Regime offen in Frage. Wobei sich Putin durch die Erpressung Janukowytschs, das EU-Assoziierungsabkommen nicht zu unterzeichnen, selbst in diese prekäre Lage gebracht hat. Daraufhin schuf sich der Kreml „in der Ukraine eine Phantasiewelt, in der er nahezu beliebig Interventionsgründe mobilisieren und zugleich jeglichen Dissens im eigenen Land als Kollaboration mit dem Feind diskreditieren konnte. In diese Rubrik gehören auch die bis heute bemühten Vorwürfe an die westliche Adresse, in Kiew einen ‚Putsch‘ initiiert und sich dabei ‚faschistischer‘ Hilfstruppen bedient zu haben“<sup>14</sup>.

Somit wurde die bröckelnde Säule des russischen Gesellschaftsmodells durch eine neue Legitimationsquelle im Sinne eines Schutzes vor negativen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen aus dem Westen ersetzt. Gleichzeitig wurde die russische Bevölkerung durch eine Propagandakampagne, die derzeit ihresgleichen sucht, für den Kurswechsel des Kremls empfänglich gemacht. Dabei hat sich Putin durch die Annexion

der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine in einen „diskursiven Käfig“ – oder salopp gesagt einen Teufelskreis – manövriert, aus dem er nur noch schwer herausfinden kann.<sup>15</sup> Denn ein Abrücken von der bisherigen Position würde einem Verrat an der eigenen Mission und somit einem politischen Selbstmord gleichkommen.

**Russland ist ein **FRAGILES** Gebilde, das innenpolitisch geschwächt ist und deshalb außenpolitische Erfolge vorweisen muss.**

Gleichzeitig hat sich Putin in der Ost-Ukraine und mit der Krim ein Subventionsgrab geschaffen und isoliert sich zunehmend außenpolitisch wie wirtschaftlich, indem er die europäische Friedensordnung durch eine revisionistische Politik zur Disposition stellt und auch Gegenmaßnahmen von NATO und EU provoziert. Die Ukraine-Krise hat also offenbart, dass die Russische Föderation keineswegs die starke Imperialmacht ist, als die „Revisionisten“ Russland gerne sähen. Vielmehr ist der territorial größte Staat der Welt ein fragiles Gebilde, das durch inneren Aufbruch massiv gefährdet ist. Die Praxis regionaler Interventionen bzw. Machtdemonstrationen zur Generierung innerer Stabilität kann mit Mathew Luxmoore als „defensiver Imperialismus“<sup>16</sup> bezeichnet werden. Die weit verbreitete Aussage, Putin habe in der Ukraine nichts zu verlieren, ist mithin fraglich.

Womöglich geht es ihm um die nackte Existenz des gegenwärtigen politischen Systems Russlands.

### **Wege aus der Krise**

Bislang scheint die Strategie Putins aufgegangen zu sein. Die Umfragewerte des Kremlchefs und seiner Partei „Einiges Russland“ sind seit der Krim-Annexion und dem andauernden Krieg in der Ost-Ukraine auf einem Höhenflug. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive lässt sich dieses Phänomen mit dem „Rally Round The Flag“-Effekt deuten. Demnach steigt die Unterstützung für eine amtierende Regierung in Krisensituationen (egal ob inszeniert oder echt) signifikant, flaut aber auch genauso schnell wieder ab. Allerdings sollte keinesfalls erwartet werden, dass sich das Problem von selbst löst. Wann und ob die Unterstützung der russischen Bevölkerung für die derzeitige Politik des Kremls versiegt und zu einem erneuten Kurswechsel zwingt, hängt letztlich vom Einfallsreichtum der russischen Propaganda ab – und von den Kosten der russischen Politik.

**Die westliche Staatengemeinschaft muss Moskau entschlossen und konstruktiv **ENTGEGENTRETEN.****

Unabhängig davon ist die westliche Staatengemeinschaft gefordert, der aggressiven außenpolitischen Linie Moskaus entschlossen-konstruktiv entgegenzutreten. Mit der Ukraine, Moldau und Georgien sind drei Staaten im russischen Einflussbereich mehrheitlich gewillt, sich nach Westen zu orientieren. Russland hat wesentlich dazu beigetragen, dass in allen drei Ländern territori-

ale Konflikte bestehen, die im Ergebnis einstweilen den Weg nach Westen verbauen. Ein andauernder westlich-russischer Antagonismus in dieser Region ist damit sehr wahrscheinlich.<sup>17</sup> In der Ukraine und im GUS-Raum – kein Staat davon ist NATO-Mitglied und kann vom Beistandsversprechen der Allianz profitieren – kann dies aber nur auf diplomatischem Weg und nicht mit militärischen Mitteln erfolgen. Der Westen dürfte aber, bleibt sein Modell attraktiv, längerfristig die wirksameren Instrumente haben. Denn die Ideologie der russischen Führung wirkt nur dort, wo Russland blanke Macht à la 19. Jahrhundert ausübt, und nicht etwa, weil sein Gesellschaftsmodell attraktiv wäre.

Gleichzeitig gilt es abzusichern, dass der Ukraine-Konflikt nicht als Präzedenzfall russischer Nachbarschaftspolitik in die Geschichte eingeht. Dies ist allerdings leichter gesagt als getan, denn niemand kann heute den Grad der Entschlossenheit Russlands sicher einschätzen. Sichtbar geworden ist aber auch, dass Russland sich nicht nur mit Blick auf den Westen, sondern auch international und regional isoliert hat. Eine vermeintliche Annäherung an China – das die russische Politik zwar nicht offen kritisiert und die russische Isolierung geschickt für seine eigenen Interessen zu nutzen vermag, aber sehr wohl die Nebenwirkungen der russischen Strategie erkennt – ist unwahrscheinlich. Regional zeigen selbst Staaten wie Weißrussland oder Usbekistan inzwischen deutliche Vorbehalte gegen die russische Strategie.

Hinsichtlich einer allenfalls auf längere Sicht erreichbaren Wiederaufrichtung der gesamteuropäischen Friedensordnung, die den postsowjetischen Raum einschließt, ist selbstverständlich auf der Basis eines fairen Interessenaus-



**Russland hat sich mit seiner aggressiven Außenpolitik regional und international **ISOLIERT**.**

gleichs mit Russland zu sprechen – allerdings ohne sich auf Putin zu beschränken. Anstatt ein zunehmend autoritäres Regime „durch an Selbstaufgabe grenzende Kooperationsangebote noch weiter zu legitimieren und das eigene Wertesystem zu untergraben“<sup>18</sup>, sollte man sich stattdessen auf den Zeitpunkt vorbereiten, an dem es „nicht zuletzt aufgrund einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik zu einer Destabilisierung Russlands kommt“<sup>19</sup>. Diese kann sich in mehrere Richtungen vollziehen: von einer Rückkehr zu den Prinzipien von Helsinki nach einer innenpolitischen Kurskorrektur (best case) bis hin zu einer nochmals aggressiveren Außenpolitik (worst case) ist vieles denkbar.

Im Ergebnis ist also nüchtern festzuhalten:

- Das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen ist auf absehbare Zeit zerstört.
- Die Perzeptionen, Werte und Interessen sind zu unterschiedlich, als dass auf kurze oder mittlere Sicht mehr als die Verwaltung eines fragilen Status quo erreichbar wäre.
- Alle politischen Angebote an Russland verpuffen derzeit wirkungslos, weil Moskau nicht mehr vollständig in rationalen Kategorien denkt und massiv gegen die eigenen Interessen agiert,

Unberechenbarkeit ist bewusste russische Strategie.

- Auf mittlere (5-10 Jahre) und längere Sicht (10-15 Jahre) wird gleichwohl eher russische Schwäche als russische Stärke zum Problem, die Übergangsphase bis zu einem Umdenken in Moskau bleibt aber besonders gefährlich und muss in einer Mischung aus Härte und Dialogbereitschaft gestaltet werden.
- Für die Zeit danach müssen Pläne für eine engere Vernetzung zwischen Russland und dem Westen inklusive der Wiederherstellung der Prinzipien von Helsinki erarbeitet werden.



**/// PROF. DR. JOHANNES VARWICK**  
ist Lehrstuhlinhaber für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



**/// ROBIN SKÖRIES**  
ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Der Westen muss **STÄRKE** zeigen, um Moskau zu einer Kursänderungsbewegung zu können.

Ein Europa von Wladiwostok bis Lissabon ist derzeit eine substanzlose Vision. Der gesamte postsowjetische Raum ist von großer Unsicherheit gekennzeichnet. Russischer Revisionismus und defensiver Imperialismus machen auch Gesamteuropa wieder zu einem Raum der Instabilität. Ohne eine Änderung der russischen Politik wird sich daran nichts ändern. Der Westen wird diese Kursänderung nicht mit stillschweigender Akzeptanz eines russischen Hegemonialanspruchs im postsowjetischen Raum, sondern nur durch fairen Interessensausgleich auf der Basis eigener Stärke (soft und hard power) erreichen. ///

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> So stellvertretend für die realistische Schule: Mearsheimer, John: Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: Foreign Affairs 5/2014, S. 77-89. Siehe auch den Beitrag von Christian Hacke in diesem Heft.

<sup>2</sup> Donaldson, Robert H. / Noguee, Joseph L. / Nadkarni, Vidya: The Foreign Policy of Russia: Changing Systems, Enduring Interests, New York 2014, S. 158 ff.

<sup>3</sup> So Dmitri Medwedew als Präsident der Russischen Föderation am 31.8.2008 in einem Interview mit dem Fernsehsender „Channel One Russia“ in Sochi. Englische Fassung unter: [http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2008/08/31/1850\\_type82912\\_type82916\\_206003.shtml](http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2008/08/31/1850_type82912_type82916_206003.shtml), Stand: 2.4.2015.

<sup>4</sup> Solschenizyn, Alexander: Kak nam obustroit' Rossiju (Wie sollen wir Russland umgestalten?), Leningrad 1990, S. 12.

<sup>5</sup> Lukyanov, Fyodor: Perestrojka 2014. Russlands neue Außenpolitik, in: Osteuropa 5-6/2014,

S. 143-148, S. 144.

- <sup>6</sup> Trenin, Dmitri: *The End of Eurasia. Russia on the Border Between Geopolitics and Globalization*, Washington 2001, S. 313 ff.
- <sup>7</sup> Lukyanov: *Perestrojka* 2014, S. 144.
- <sup>8</sup> Trenin: *The End of Eurasia*, S. 314.
- <sup>9</sup> Offener Brief an die Obama-Regierung, veröffentlicht am 16.7.2009 in der polnischen Zeitung „Gazeta Wyborcza“. Englische Fassung unter: <http://www.usubc.org/AUR/aur938.php#a12>, Stand: 2.4.2015.
- <sup>10</sup> Zu Manipulationsvorwürfen im Umfeld der Parlamentswahl 2011 und anschließenden Protesten siehe Schröder, Hans-Henning: *Analyse: Kündigen die Bürger den Gesellschaftsvertrag?*, <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/60599/analyse-kuendigung-des-gesellschaftsvertrags>, Stand: 4.4.2015.
- <sup>11</sup> Dembinski, Matthias / Schmidt, Hans-Joachim / Spanger, Hans-Joachim: *Einhegung: Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*, HSFK-Report Nr. 3/2014, Frankfurt / M., S. 3.
- <sup>12</sup> Voigt, Carsten: *Leitgedanken zur Russlandpolitik*, <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/leitgedanken-zur-russlandpolitik-854/>, Stand: 2.4.2015.
- <sup>13</sup> So Wladimir Putin als Präsident der Russischen Föderation während einer Rede am 18.3.2014 in Moskau. Englische Fassung unter: <http://eng.kremlin.ru/news/6889>, Stand: 2.4.2015.
- <sup>14</sup> Dembinski u. a.: *Einhegung*, S. 1 f.
- <sup>15</sup> Fischer, Sabine: *Eskalation in der Ukraine-Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie*, SWP-Aktuell2014 / A 13, März 2014, S. 3.
- <sup>16</sup> Luxmoore, Matthew: *Defensive Imperialism: The Evolution of Russia's Regional Foreign Policy*, in: *International Journal on World Peace* 2/2014, S. 73 ff.
- <sup>17</sup> So auch Nünlist, Christian / Thränert, Oliver: *Putins Russland und Europäische Sicherheit*, CSS-Analysen April 2015, S. 2.
- <sup>18</sup> Meister, Stefan: *Lehren aus der Krise. Die Ukraine, Russland und die EU*, in: *Osteuropa* 5-6/2014, S. 323-331, S. 331.
- <sup>19</sup> Meister, Stefan: *Politik der Illusionen. Ein Ausgleich auf Grundlage der EU-EWU Partnerschaft ist irrig*, in: *Internationale Politik* 2/2015, S. 76-81, S. 80.